

Ketterer, Karl-Heinz; Simmert, Diethard B.

Article — Digitized Version

Moderne Quantitätstheorie und New Liberalism: Einige kritische Anmerkungen zur geldpolitischen Diskussion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ketterer, Karl-Heinz; Simmert, Diethard B. (1973) : Moderne Quantitätstheorie und New Liberalism: Einige kritische Anmerkungen zur geldpolitischen Diskussion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 5, pp. 261-265

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134544>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Geldpolitik

Moderne Quantitätstheorie und New Liberalism

Einige kritische Anmerkungen zur geldpolitischen Diskussion

Karl-Heinz Ketterer, Diethard B. Simmert, Düsseldorf

K

In jüngster Zeit rückt die Geldpolitik immer mehr in den Vordergrund der stabilitätspolitischen Diskussion. Der Hauptgrund mag darin zu sehen sein, daß die seit mehr als zwei Jahren anhaltende Phase eines verstärkten Preisauflriebs seit einiger Zeit mit außerordentlich hohen Zuwachsraten des Geldvolumens zusammenfällt. Diese Entwicklung scheint jene Theorie zu bestätigen, die die Höhe der Inflationsrate kausal mit der Expansionsrate der Geldmenge verknüpft – die Quantitätstheorie in der modernen Form des Monetarismus.

Varianten der Quantitätstheorie

Unter der Bezeichnung „Monetarismus“ figurieren einige Varianten der Quantitätstheorie. Eine weniger weit gehende Fassung konzediert zwar, daß die Inflation auch nicht-monetäre Ursachen haben könne, daß aber eine inflatorische Nachfrageexpansion, gleichgültig worauf sie zurückzuführen sei, letztlich unmöglich ist, wenn nicht in entsprechendem Umfange zusätzliches Geld geschaffen wird¹⁾. Die „Geldangebotstheorie“, die strengste Version der Quantitätstheorie, kennt keine nicht-monetären Inflationsquellen. Bei ihr geht die Kausalkette ausschließlich von einer von seiten der Zentralbank zu verantwortenden Geldmengenexpansion aus, die zu einer Erhöhung des nominalen Sozialprodukts führt²⁾. Insbesondere bei Brunner reduzieren sich – im Stile eines klas-

sischen Monismus – alle ökonomischen Probleme der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf ein Geldmengenproblem.

Gleichgültig in welcher Variante der moderne Monetarismus vertreten wird – wer mit der Geschichte der Geldtheorie vertraut ist, weiß, daß sich in der jüngsten Diskussion eine Renaissance einer aus den Kindheitstagen der Nationalökonomie stammenden Theorie widerspiegelt, nicht die erste und voraussichtlich auch nicht die letzte. Die Formel „Wird bei gleichbleibender Warenmenge die Geldmenge erhöht, so müssen die Preise steigen, wird sie vermindert, dann müssen die Preise sinken“ ist in ihrer Simplität zu attraktiv, als daß sie nicht immer wieder jene Geldtheorien verdrängte, die ein differenzierteres, darum mühsamer zu studierendes Bild der Wirklichkeit anbieten.

Im Gegensatz zu früher werden in der jüngsten Diskussion um die Geldmengenpolitik ordnungspolitische Aspekte stark vernachlässigt. Gelegentlich

2) Stellvertretend für diese Gruppe von Theoretikern sei Brunner zitiert: „... the monetarist analysis assigns the monetary forces a dominant position among all the impulses working on the economic process“. K. Brunner: The „Monetarist Revolution“ in Monetary Theory. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 105 (1970), Nr. 1, S. 7.

Dr. Karl-Heinz Ketterer, 30, Dipl.-Volkswirt, war bis Ende 1972 Mitarbeiter im wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrates und ist jetzt im Institut für Empirische Wirtschaftsforschung, Berlin, tätig. Diethard B. Simmert, 29, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB, Düsseldorf.

1) Vgl. etwa das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Gleicher Rang für den Geldwert, Stuttgart und Mainz 1972, Ziffer 395. Die genannte Variante der Quantitätstheorie wird neuerdings auch von Vertretern der Bundesbank vorgetragen. Vgl. hierzu O. E m m l i n g e r: Auftrag und Stellung der Bundesbank. Vortrag anläßlich der Richterwoche des Bundessozialgerichts in Kassel, 27. Oktober 1972, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 80/1972, S. 1 ff., und H. I r m l e r: Kreditrestriktion als aktuelles und strukturelles Problem. Vortrag auf der 18. kreditpolitischen Tagung der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 10. November 1972, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 86/1972, S. 1 ff.

wird zwar registriert, daß Friedman, mit dessen Namen die moderne Quantitätstheorie untrennbar verknüpft bleibt, ein Konzept des „New Liberalism“, also ein liberales Credo, vertrete. Aber was ist „New Liberalism“ und was hat er mit der Geldmengenpolitik zu tun? Es darf wohl nicht zu Unrecht vermutet werden, daß der „New Liberalism“ ein alter Bekannter ist und daß das Wort „New“ ohne weiteres durch „Laissez-faire“ ersetzt werden kann. Weiterhin liegt die Vermutung nahe, daß die Friedmansche Geldmengenregel integrierender Bestandteil des so verstandenen Liberalismus ist – mehr noch, daß über die Geldmengenpolitik eine Organisation des Wirtschaftsablaufs nach laissez-faire-liberalistischen Prinzipien installiert werden soll³⁾.

Idee und Realität des Liberalismus

Zweifelsohne hat der Begriff „Liberalismus“⁴⁾ eine schillernde Bedeutung, da er gleichermaßen eine politische wie eine ökonomische Konzeption bildet und dadurch bisweilen in einen ambivalenten Sprachgebrauch gerät. In seiner klassischen Form propagierte er ein uneingeschränktes Individualprinzip, einen naturrechtlich begründeten Anspruch des Menschen auf freie Betätigung in allen Lebensbereichen. In seiner ökonomischen Ausprägung verlangte der Liberalismus vor allem, daß der Staat nicht in den Wirtschaftsablauf eingreifen dürfe. Die von Gott gewollte „natürliche Ordnung der Gesellschaft“ ergebe sich allein aus den freien, utilitaristisch orientierten Entscheidungen von Individuen, die nicht vom Staat bevormundet werden. Dem Staat dürfe lediglich noch die Aufgabe zugewiesen werden, für ein funktionierendes Geldwesen und ein geordnetes Maß- und Gewichtssystem zu sorgen. Alles andere laufe von selber. Die rigorose Verfolgung individueller Interessen garantiere ein harmonisches Zusammenspiel mit dem Ziel „the greatest happiness of the greatest number“ (Bentham).

Wie die Realität jener Epoche des praktizierten Liberalismus aussah, ist bekannt. Die „Freiheit vom Staat“ war in Wahrheit die Freiheit einiger weniger, nämlich der Kapitaleigner. Ein ökonomisches System trat auf den Plan, das die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft voll und ganz der Verwertung des Sachkapitals unterordnete. Die Arbeitszeit wurde bis ins Unerträgliche ausgedehnt, der hohe Anteil der menschlichen Arbeit an den gesamten Produktionskosten zwang

dazu, die Löhne äußerst niedrig zu halten. Extreme Arbeitszeit und Entbehrungslöhne führten zur moralischen und zivilisatorischen Verelendung der Arbeitenden. Konnte also schon vom größtmöglichen Glück einer größtmöglichen Anzahl nicht die Rede sein, so zeigte überdies die zunehmende Vermachtung der Märkte und die damit verbundene Selbstbeschränkung des Wettbewerbs, daß die „Freiheit vom Staat“ eine faktische Entwicklung einleitete, die der Intention des „Laissez-faire“ völlig zuwiderlief.

Forderung nach Regelmechanismen

Nun wurde freilich hieraus nicht überall die Konsequenz gezogen, den Laissez-faire-Liberalismus als widerlegt anzusehen. Die ersten ernstzunehmenden Restaurierungsversuche wurden zu Beginn der dreißiger Jahre von der Chicago-Schule unternommen, deren führender Vertreter damals Henry C. Simons war und dessen Schüler Milton Friedman ist. In seinem grundlegenden Traktat macht Simons für die große Divergenz zwischen der liberalen Theorie und der Wirklichkeit die staatlichen Instanzen verantwortlich, die ihren Part im Wirtschaftsablauf falsch gespielt hätten⁵⁾. Dieser Vorwurf zieht sich wie ein roter Faden durch die Werke der Schüler und Epigonen von Simons. Es trifft den Nagel auf den Kopf, wenn das Handelsblatt (Nr. 192/1970) folgende Trivialdefinition des New Liberalism gibt: „Milton Friedman ist so liberal, daß er die Konjunktursteuerung den Politikern vorenthalten und sie Regelmechanismen überlassen will.“

Die Forderung „Regelmechanismen statt diskretionäre Politik“, wie sie mit Verve von den modernen Monetaristen verfochten wird, ist nun eine sehr viel verdecktere Form der Forderung nach Freiheit vom Staat. Wird sie doch vor allem nicht mehr als politisches Credo ausgegeben, sondern mit einer „empirischen“ Analyse untermauert, deren Ergebnis lautet, daß eine Geldmengenexpansion mit konstanter, am Wachstum des Produktionspotentials orientierter Rate ein stetiges Wachstum bei Preisstabilität gewährleistet.

Im folgenden wollen wir untersuchen, wem eigentlich die Einhaltung der Geldmengenregel nützt. Dabei wollen wir den Liberalismus an seinem eigenen Anspruch messen, nämlich daran, ob in der Tat durch ein Zurückdrängen der diskretionären staatlichen Politik die Vielfalt der Lebenschancen

³⁾ Die Verfasser haben sich an anderer Stelle eingehender mit dem ordnungspolitischen Hintergrund der Geldmengenpolitik beschäftigt. K.-H. Ketterer und D. B. Simmert: Moderne Quantitätstheorie und Laissez-faire-Liberalismus – einige Anmerkungen zu den ordnungspolitischen Funktionsbedingungen des Monetarismus. In: WSI-Mitteilungen, Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 25. Jg., 1972, Heft 12, S. 377 ff.

⁴⁾ Vgl. zu den folgenden Ausführungen H. G. Schachtschabel: Wirtschaftspolitische Konzeptionen. Stuttgart u. a. 1972, S. 54 ff.

⁵⁾ Vgl. H. C. Simons: A Positive Program for Laissez-faire – Some Proposals for a Liberal Economic Policy. Zuerst erschienen als „Public Policy Pamphlet“, No. 15, ed. Harry D. Crideouse (Chicago: University of Chicago Press, 1934), wieder abgedruckt in: H. C. Simons: Economic Policy for a Free Society, Chicago 1948, S. 40 ff.

des einzelnen vergrößert werden und ob durch eine Verpflichtung der hoheitlichen Instanzen, nur noch Regeln für das Zusammenleben der Individuen zu setzen, das Feld der individuellen Wahlhandlungen für alle Beteiligten *gleichmäßig* vergrößert wird.

Implikationen der Geldmengenregel

Die ordnungspolitischen Vorstellungen des Laissez-faire-Liberalismus gipfeln in der Forderung, den Wirtschaftsablauf als ein Spiel zu organisieren, dessen Regeln vom Staat gesetzt werden, und an dem – im reinen Modell – ausschließlich Individuen teilnehmen ⁴⁾. Organisationen zur kollektiven Durchsetzung ökonomischer Interessen sowie Oligopole und Monopole passen nicht in diese Welt, da diese die Macht haben, die Regeln zu verletzen. Die Anbieter und Nachfrager sowohl an den Güter- als auch an den Arbeitsmärkten müssen so zahlreich sein, daß sie das Spiel der atomistischen Konkurrenz vollziehen.

⁴⁾ Vgl. H. C. Simons: Rules versus Authorities in Monetary Policy. In: The Journal of Political Economy, 1/1936, S. 1 ff.

Die Realität hat sich nun allerdings von dieser Vorstellung des reinen Modells sehr weit entfernt. Die Angebotsseite auf den Gütermärkten ist weit hin oligopolistisch strukturiert, an den Arbeitsmärkten stehen sich die Organisationen der Tarifpartner gegenüber. Die Preisbildung folgt also nicht mehr dem Modell der atomistischen Konkurrenz. Die Folgen sind bekannt. Die Preise sind nach unten kaum noch flexibel, und derjenige Anbieter, der seine Preise stärker als seine Konkurrenten erhöht, muß nicht zwangsläufig aus dem Markt ausscheiden. Die Tarifpartner können auch über längere Zeit hinweg Lohnerhöhungen vereinbaren, die das kostenniveauneutrale Maß übersteigen, ohne daß dies zwangsläufig zu Beschäftigungseinbußen führen muß. Dies erst kann die Nominallohnpolitik zu einem Instrument der Einkommensumverteilung machen.

Im Programm von Simons ist noch explizit die Forderung enthalten, der Staat möge auf den Güter- und Faktormärkten durch eine entsprechende Gesetzgebung solche Bedingungen restau-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Jetzt auch in englischer Sprache:

EXPORT TRADE AND ECONOMIC GROWTH

(Export und Wirtschaftswachstum – Schlußfolgerungen aus der Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland)

von Wolfgang Michalski

Das Anliegen dieser Veröffentlichung ist sowohl wissenschaftlicher als auch politischer Natur. Erstens verfolgt sie das Ziel, die Zusammenhänge zwischen Export und Wirtschaftswachstum unter den speziellen Bedingungen der westdeutschen Wirtschaft von 1953 bis heute aufzuzeigen. Zweitens stellt sie einen Diskussionsbeitrag zur Entwicklung einer wissenschaftlich fundierten Wachstumsstrategie für die Bundesrepublik dar. Und drittens kommt es dem Verfasser darauf an, die allgemeinen atmosphärischen Voraussetzungen für die Realisierung rationaler wirtschaftspolitischer Entscheidungen zu verbessern.

Die Studie stellt den Gesamtprozeß des deutschen Wirtschaftsaufstiegs in allen seinen Komponenten und Verknüpfungen dar, wie er in dieser Geschlossenheit bisher nicht vorliegt. Die Analyse beeindruckt durch ihren Reichtum an Erklärungseinfällen und durch ihre faßliche Darstellung.

Großoktav, 361 Seiten, 1972, brosch. DM 60,-

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

rieren, wie sie der atomistischen Konkurrenz entsprechen⁷⁾. Die moderne Geldangebotstheorie enthält diese Forderung in verdeckter Form; sie ist Implikation der Einhaltung der wohlbekannten Geldmengenregel.

Zwang zum Wohlverhalten

Wächst die Geldmenge mit konstanter Rate, so sehen sich Produzenten und Tarifpartner zu jenem preis- und lohnpolitischen Verhalten gezwungen, wie es annähernd dem Modell der atomistischen Konkurrenz entspricht, und zwar aus folgendem Grund: Ausgangspunkt ist der quantitativtheoretische Zusammenhang, nach dem das Produkt aus Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit gleich dem Produkt aus Handelsvolumen und Preisniveau ist. Expandiert nun die Geldmenge mit konstanter Rate und ist die Umlaufgeschwindigkeit stabil, so muß zwangsläufig jede Erhöhung des Preisniveaus zu einem Rückgang des Handelsvolumens führen. Somit ist nur *ein einziges* Preisniveau mit Vollbeschäftigung vereinbar. Anbieter, die den Preispegel zu erhöhen versuchen, verursachen einen Absatz- und Beschäftigungsrückgang.

Die Einhaltung der Geldmengenregel hat auch für die Tarifpartner weitgehende Konsequenzen. Unterstellt wird eine Preisbildung der Unternehmen nach einer Art Vollkostenkalkulation: Der Preis ergibt sich aus den Stückkosten plus einem Aufschlagsatz (Gewinn pro Stück). Jede Lohnerhöhung, die über das kostenniveauneutrale Maß hinausgeht, führt dann zu Preiserhöhungen und somit zu einem Absatzzrückgang und zu einer ver-

ringerten Beschäftigung. Mithin ist also auch nur *ein einziges* Lohnniveau mit Vollbeschäftigung vereinbar. Gewerkschaften, die auf Sicherung der Vollbeschäftigung bedacht sind, müssen auf verteilungspolitische Ziele verzichten. Denn jeder Versuch, mit der Lohnpolitik die Einkommensverteilung zu korrigieren, führt zu einem Beschäftigungsrückgang. Mit der Vollbeschäftigung ist also auch nur *eine einzige* Verteilungsrelation vereinbar.

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, daß die Argumentation auch dann gilt, wenn die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht vollständig stabil ist. Prämisse des angestrebten Erfolgs ist lediglich, daß Preis- und Lohnerhöhungen nicht gänzlich, sondern nur teilweise in die Umlaufgeschwindigkeit gehen. Bereits dann führen sie nämlich schon zu einer Mengenreaktion⁸⁾.

Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß die Geldmengenregel jenen Zwang zu preis- und lohnpolitischem „Wohlverhalten“ installieren soll, wie er von der atomistischen Konkurrenz ausgeht, ohne jedoch diese Marktform auf den Güter- und Faktormärkten unbedingt restaurieren zu müssen. Sie ist vollständiger Ausdruck des laissez-faire-liberalistischen Denkens: Der Staat setzt die Spielregeln (mit eingebauter Sanktion). Wer die Spielregeln nicht einhält, versetzt sich selber aus dem Markt. Implikation der Geldmengenregel ist also jener Tatbestand, der durch das Schlagwort von der „Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos“ ausgedrückt wird⁹⁾.

Wer an einem Spiel mit festen Regeln teilnehmen soll, wird legitimerweise die Frage stellen dürfen, ob diese Regeln auch „fair“ sind. Nun sind allerdings moralische Kategorien wie „Fairneß“ oder „Gerechtigkeit“ der Katalaktik des konkurrenzmechanistischen Denkens fremd. Der Markt gibt aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage den gehandelten Gegenständen ihren Preis. Zu dem was am Markt verkauft wird, gehört auch die Arbeit; sie erzielt am Arbeitsmarkt ihren Marktlohn. Ob der Preis, den der Markt feststellt, auch gerecht ist, wird katalaktisch derart beantwortet, daß der Zustand, in dem das Marktspiel zur Ruhe kommt, Gleichgewicht genannt wird, und derjenige Preis, der sich im Gleichgewicht herausstellt, Wert genannt wird. Folglich entlohnt der Markt die Faktorleistungen nach ihrem Wert.

Diese Antwort, die durch Verwendung uninterpretierter wertgeladener Ausdrücke einen verbor-

⁷⁾ Vgl. H. C. SIMONS: A Positive Program... a. a. O., insbesondere S. 56 ff.

⁸⁾ Die Umlaufgeschwindigkeit spielt im Transmissionsmechanismus monetärer Impulse, wie er von Brunner und Meltzer unterstellt wird, scheinbar keine konstitutive Rolle mehr. Nach der von den genannten Autoren vertretenen Theorie der relativen Preise werden Geldmengenveränderungen via Substitutionsprozesse über finanzielle und reale Aktiva in Veränderungen der Gesamtnachfrage transformiert. Für unsere Argumentation ist es jedoch gleichgültig, ob die Verbindung zwischen Geldmenge und Gesamtnachfrage über die Umlaufgeschwindigkeit hergestellt wird oder über lückenlos zusammenhängende Märkte, in denen Substitutionsprozesse stattfinden. Angenommen, zwischen der Geldmenge M und der Gesamtnachfrage Y finden Substitutionsprozesse zwischen n Aktiva A_i, statt. Es gilt dann (ohne auf die Aggregationsproblematik einzugehen):

$$\frac{\delta A_1}{\delta M} dM = \delta A_1, \quad \frac{\delta A_2}{\delta A_1} dA_1 = dA_2, \quad \dots, \quad \frac{\delta A_n}{\delta A_{n-1}} dA_{n-1} = dA_n \text{ und } \frac{\delta Y}{\delta A_n} dA_n = dY,$$

Die Ausdrücke lassen sich sukzessive substituieren zu:

$$dY = \frac{\delta Y}{\delta A_n} \cdot \frac{\delta A_n}{\delta A_{n-1}} \cdot \dots \cdot \frac{\delta A_2}{\delta A_1} \cdot \frac{\delta A_1}{\delta M} \cdot dM$$

Hieraus wird unmittelbar ersichtlich, daß die Umlaufgeschwindigkeit $\frac{dY}{dM}$ dem Produkt aus den Substitutionsraten im Mechanismus der relativen Preise entspricht. Unsere Argumentation kann also nicht mit dem Hinweis abgelehnt werden, daß der Transmissionsmechanismus der Geldmengenpolitik neuerdings wesentlich subtiler gesehen werde, als ihn die naive Quantitätstheorie unterstellt habe.

⁹⁾ Die Verfasser haben sich ausführlicher mit den Konsequenzen der „neuen Geldpolitik“ für die Tarifpartner auseinandergesetzt. Vgl. K.-H. Ketterer und D. B. Simmert: Reform der Geldpolitik – Konsequenzen für die Tarifpartner (noch unveröffentlichtes Manuskript). Berlin und Düsseldorf 1973.

genen normativen Charakter bekommt, ist selbstverständlich unbefriedigend, wenn man unter „Wert“ etwas versteht, was der Arbeit von *Rechts wegen* zukommt¹⁰⁾. Ob — in diesem politischen Sinne — der Markt über den Preis der Arbeit ihren Wert zukommen läßt, ist eine Frage, die vom Liberalismus negiert wird: Die Einkommensverteilung ist in einer quantitätstheoretischen Welt kein Problem. Mit Vollbeschäftigung ist nur eine einzige Verteilungsrelation vereinbar, wer diese Relation ändern will, verursacht einen Beschäftigungsrückgang. Denjenigen, die die Einkommensverteilung als ungerecht empfinden, wird ihre Ohnmacht von vornherein demonstriert: Die Beseitigung des Nachteils hat zwangsläufig anderweitige Nachteile zur Folge.

Ungleichmäßige Verteilung von Lebenschancen

Die Spielregeln der quantitätstheoretischen Welt sind daher im folgenden Sinne unfair: Diejenigen Individuen oder Gruppen von Individuen, die einen Startvorsprung vor anderen haben, behalten diesen Vorsprung für immer; diejenigen Individuen oder Gruppen von Individuen, die am Start benachteiligt sind, können diesen Nachteil niemals aufholen.

Hier zeigt sich deutlich, daß bei einer „Abstinenz vom Staat“ der Zuwachs in der „Vielfalt der Lebenschancen“ nicht gleichmäßig an die Individuen verteilt wird. Die über die Einhaltung der Geldmengenregel installierte Freiheit von diskretionärer staatlicher Politik stellt in der Praxis eine neue Privilegierung dar. Noch empfindlicher muß es die abhängig Beschäftigten treffen, daß die Verantwortung für das Ziel der Vollbeschäftigung dem Staat genommen und dem „Markt“ übereignet werden soll. Bei gegebener monetärer Gesamtnachfrage bedeutet eine Entscheidung über die Preise gleichzeitig eine Entscheidung über den Beschäftigungsgrad. Übergabe des Beschäftigungsziels an den „Markt“ bedeutet also Übergabe an diejenigen, die die Preise machen, und das sind die Kapitaleigner. Nichts wäre geeigneter, den abhängig Beschäftigten exemplarisch vor Augen zu führen, wie der Kapitalismus die Machtpotentiale ungleich verteilt, wenn er spezifisch organisiert ist.

Ungeeignet zur Inflationbekämpfung

Schließlich gehört die Geldmengenpolitik zu jenen stabilitätspolitischen Konzepten, die zur Bekämpfung konjunktureller Instabilitäten am Aggregat der (monetären) Gesamtnachfrage ansetzen. Als

fundamentale Erfolgsbedingung implizieren diese Konzepte einen funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Angebots-Nachfrage-Mechanismus. Vieles spricht jedoch dafür, daß dieser Mechanismus nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden ist, so daß die traditionelle nachfrageorientierte Konjunkturpolitik unwirksam wird bzw. zu politisch untragbaren Ergebnissen führt¹¹⁾. Als überzeugendes Indiz kann u. E. der erhebliche Preisauftrieb im Jahr 1972 gelten. Da dieser Preisauftrieb wohl weder mit einer überhöhten Nachfrage noch mit „überhöhten“ Lohnsteigerungen im Jahr 1972 begründet werden kann, konnte eine Steuerung der monetären Gesamtnachfrage kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Preissteigerungen sein. Die Preissteigerungen sind wohl eher eine Folge des Verfalls unseres marktwirtschaftlichen Preisbildungssystems, der u. a. verursacht wurde durch

- die Vermachtung der Märkte infolge Konzentration und zunehmender Marktbeherrschung durch einzelne Großunternehmen,
- Preis- und Marktabsprachen zwischen Großunternehmen des In- und Auslandes,
- Preisabstimmung zwischen kleinen und kleinsten Unternehmen über die Wirtschaftsverbände und Innungen,
- die immer noch erlaubte Preisbindung der Zweiten Hand und das System der Richtpreise (Preisempfehlungen).

Preissteigerungen, die aus einem solchen ordnungspolitischen Verfallsprozeß resultieren, können mit einer nachfrageorientierten Konjunkturpolitik nicht sinnvoll bekämpft werden. Ein Versuch dürfte allenfalls zu Arbeitslosigkeit und Wachstumsverlusten — also Mengenreaktionen —, nicht dagegen zu einer erheblichen Preisdämpfung führen. Lange genug durchgehalten, wäre dies der sichere Weg in die Stagflation.

Entsprechend dieser neuen Problemlage ist eine neue wirtschaftspolitische Konzeption notwendig, die neben einer verbesserten nachfrageorientierten Globalsteuerung eine angebotsorientierte Struktursteuerung in ihr Instrumentarium aufnimmt. Gemeint ist damit, daß es künftig nicht mehr ausreicht, die Güterverwendung global zu beeinflussen, sondern daß auch Einfluß auf die Angebotsbedingungen bei den Gütern und Ressourcen genommen werden muß. Die Geldmengenpolitik ist daher nicht nur ungeeignet, die heute im Vordergrund stehenden Preissteigerungsursachen zu bekämpfen, sondern sie würde unter Umständen sogar zu sozial und politisch unerwünschten Folgen führen.

¹⁰⁾ Vgl. hierzu die Analyse von Peter (H. Peter: Freiheit der Wirtschaft — Kritik des Neoliberalismus. Köln 1953, insbesondere S. 72-79).

¹¹⁾ Vgl. hierzu stagflationäre Tendenzen in der BRD. In: WSI-Mitteilungen, Heft 9/1972, S. 206-267, und Zum Jahresgutachten 1972/73 des Sachverständigenrates. In: WSI-Mitteilungen, Heft 1/1973, S. 2-6.